

Gewerkschaftspolitik

1971 — ein Jahr gewerkschafts-politischer Initiative

Ein Rückblick auf die Gewerkschaftstage 1971 macht deutlich, daß im vergangenen Jahr bemerkenswerte gewerkschaftspolitische Initiativen ergriffen und bedeutsame Impulse für die zukünftige Arbeit des DGB und seiner Gewerkschaften gegeben worden sind. Auf den Kongressen der Gewerkschaften sowie den Personengruppenkonferenzen des DGB wurde darüber hinaus der bisherige Kurs der Gewerkschaftspolitik bestätigt.

Von der Satzungsreform zur Gewerkschaftsreform

Mit der Verabschiedung einer neuen Satzung hat der 3. Außerordentliche Gewerkschaftskongreß des DGB die ersten organisatorischen Konsequenzen aus den veränderten gesellschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Situationen gezogen und gleichzeitig deutlich gemacht, daß die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Mit Nachdruck sprachen sich in Düsseldorf die Delegierten für den Ausbau des sozialen Rechtsstaates aus. In einem stark beachteten Grundsatzreferat forderte der DGB-Vorsitzende *Heinz Oskar Vetter* die Gewerkschaften dazu auf, nicht bei der Satzungsreform stehen-zubleiben, sondern mutig den politischen Herausforderungen unserer Zeit durch eine tiefgreifende Gewerkschaftsreform zu begegnen. Die Ergebnisse des Düsseldorfer Gewerkschaftskongresses beschränken sich damit nicht nur auf einige Satzungsänderungen, wie z. B. die Erweiterung des Bundesausschusses, die bedenkliche Aufforderung zur Schaffung von Arbeiterausschüssen, auf eine stärkere organisatorische Straffung mittels gemeinsamer Verwaltungseinrichtungen oder auf eine Einschränkung des Vetorechts der Gewerk-

schaften bei der Aufnahme neuer Mitglieder in den DGB, sie liegen vielmehr in der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Reform von Gewerkschaft und Gesellschaft.

Gesellschaftsreform als gewerkschaftliche Aufgabe

Unter diesem Leitthema versammelten sich in Wiesbaden die Delegierten des 10. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall und unterstrichen die in einem Referat von *Otto Brenner* herausgestellte Tatsache, daß die Reform unserer Gesellschaft eine ständige gewerkschaftliche Aufgabe ist und bleiben wird. Die Delegierten erkannten in steigenden Mitgliederzahlen, in tarifpolitischen Erfolgen und im wachsenden politischen Einfluß Gradmesser, die die Richtigkeit der Gewerkschaftspolitik bestätigen. Nach intensiven Diskussionen setzte sich auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall eine nüchterne Einschätzung der wirtschaftspolitischen Lage durch. Die Teilnahme an der Konzertierten Aktion wurde bekräftigt. Bemerkenswert ist auch das weitgehende Einverständnis mit der Arbeit der sozialliberalen Regierungskoalition, die auf den Gebieten Bildungsplanung, Städtebau, Mieterschutz und Umweltschutz sowie Sozial- und Arbeitsrecht beachtliche Reformen durchsetzen konnte. Das neue Betriebsverfassungsgesetz wurde als wichtiges Teilstück innerer Reformen begrüßt. Die Friedenspolitik von Bundeskanzler *Brandt* fand die ungeteilte Unterstützung des Gewerkschaftstages.

Unüberhörbar für die Politiker in Bonn wurde die Forderung nach Verwirklichung eines umfassenden Mitbestimmungssystems als Dreh- und Angelpunkt grundlegender Gesellschaftsreform erhoben. Als weitere Ziele gewerkschaftlicher Reformaktivitäten wurden eine umfassende Sozialreform, größere soziale Gerechtigkeit durch aktive Einkommens-, Vermögens- und Steuerpolitik, eine menschenfreundlichere Umwelt durch Ausbau des Umweltschutzes sowie der Vorrang gesellschaftlicher Bedürfnisse und Ausgaben vor den privaten Interessen, d. h. tiefgreifende Ver-

änderungen im Bildungssektor, im Gesundheitswesen, definiert. Auf Betriebs- und Unternehmensebene sollen nach dem Willen der Delegierten möglichst umgehend mit Hilfe von Tarifverträgen oder Sondervereinbarungen neue Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer geschaffen werden. Eine betriebsnahe Tarifpolitik, die auf eine weitgehende Tarifrierung der betrieblichen Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen abzielt, soll die Interessen der Arbeitnehmer durchsetzen helfen. Zu einer „hautnahen“ Tarifpolitik sollen sowohl der Ausbau zentraler und regionaler Tarifverträge als auch der Abschluß von Zusatzverträgen mit den jeweiligen Arbeitgeberverbänden für einzelne oder mehrere Unternehmen sowie der Abschluß von Firmentarifverträgen gehören.

Forderung nach einheitlichem Dienstrecht

Als wichtigstes Ziel der Deutschen Postgewerkschaft bestimmte der Kongreß der DPG die Verwirklichung des einheitlichen Dienstrechts. Nach den Auffassungen der im öffentlichen Dienst beschäftigten Kollegen soll die bisher praktizierte Aufteilung der Arbeitnehmerschaft in Arbeiter, Angestellte und Beamte entfallen. Der Hauptvorstand der DPG wurde beauftragt, ein neues gewerkschafts- und berufs-politisches Programm zu entwerfen, das konkrete Vorschläge für das in Etappen zu verwirklichende einheitliche Dienstrecht unterbreiten soll. Nachdrücklich setzten sich die Delegierten der DPG für die Schaffung einer neuen Postverfassung ein, die das Dienstleistungsunternehmen Post wirtschaftlich stärken und mit einer breiteren Eigenkapitalbasis ausstatten wird. Die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer soll im Postverwaltungsrat in der Form 12:12:1, d. h. im Verhältnis 12 Arbeitnehmervertreter zu 12 Anteilseignervertretern sowie einem weiteren neutralen Mann, verwirklicht werden. Nach den Aussagen von Bundesminister *Leber*, der dem Postkongreß außerdem die Zusage zur Ausschaltung von „Miniverbän-

den“ und des Abdrucks der mit der DPG ausgehandelten Tarifverträge im Amtsblatt machte, sowie des Fraktionsführers der FDP, *Mischnick*, zeichnet sich in Bonn nach anfänglich hartem Widerstand eine gewisse Kompromißbereitschaft in der Mitbestimmungsfrage ab. Eine Entscheidung über die vieldiskutierte Postzustellung an Samstagen wurde vorerst nicht getroffen.

Mit der Wahl von *Ernst Breit* zum Vorsitzenden der DPG als Nachfolger von *Carl Stenger*, der mehr als 20 Jahre dem Bundesvorstand angehört hatte, ist die Gewähr dafür gegeben, daß die innergewerkschaftliche Diskussion um ein neues gewerkschaftliches Selbstverständnis weiter vorangetrieben werden wird.

„Die Zukunft gestalten“

Auf dem 11. Ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, auf dem ungeachtet des zukunftsgerichteten Mottos aktuelle wirtschafts- und organisationspolitische Fragen im Vordergrund standen, beschäftigte man sich intensiv mit den Sorgen der Kollegen um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze in diesem durch Rationalisierung, Automation sowie durch ruinöse Schleuderpreisimporte aus Drittländern bedrohten Wirtschaftszweig. Energisch wurde der Ruf nach Beseitigung internationaler Wettbewerbsverzerrungen vorgetragen. Die alte Forderung nach Sonderleistungen für organisierte Mitglieder der Gewerkschaften wurde neu akzentuiert.

Mit einer Neugestaltung des Beitragswesens, das eine ständige Anpassung der Beiträge an die Einkommensentwicklung vorsieht, versucht die Gewerkschaft Textil-Bekleidung eine finanzielle Stärkung ihrer Organisation durchzusetzen und innerhalb des DGB, dessen übrigen Mitgliedern in Finanzfragen mangelnde Solidarität vorgeworfen wurde, neue Wege zu gehen. Von einer stärkeren Aktivierung weiblicher Arbeitnehmer erhofft man positive Auswirkungen für die GTB, deren Vorsitzender *Karl Buschmann* erneut in seinem Amte bestätigt wurde.

Lösung von Strukturproblemen vorrangig

Mit bemerkenswertem Optimismus und großem persönlichen Einsatz versuchen die Mitglieder der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft die besonderen gewerkschaftspolitischen Probleme ihres von großem Strukturwandel betroffenen Organisationsbereiches 'zu meistern. Ihre Anstrengungen spiegeln sich wider auf dem 9. Ordentlichen GGLF-Kongreß in Bad Harzburg, in dessen Mittelpunkt aus verständlichen Gründen organisatorische und sozialpolitische Diskussionen standen.

Eingehend wurden die gegenwärtige Lage analysiert und gewerkschaftspolitische Konsequenzen aus den Veränderungen im Agrarbereich gezogen, in dem sich im Zeitraum 1949 bis 1970 die Zahl der ständigen Landwirte von 1 Million auf 136 000 Personen, d. h. um ca. 86 %, verringerte. In der nächsten Zeit sollen die Bemühungen um neue Mitglieder vorrangig auf den an Bedeutung gewinnenden Gartenbaubereich ausgerichtet werden. Mit Genugtuung vernahmen die GGLF-Delegierten aus dem Munde von Arbeitsminister *Arendt*, daß die dringend notwendige zusätzliche Altersversorgung der Landwirte gesichert und Übergangshilfen für ältere Arbeitnehmer gewährt werden sollen. Landwirtschaftsminister *Ertl* konnte im Namen der Bundesregierung unter dem Beifall der Delegierten einen Bundeszuschuß von 7,85 Mill. DM zur Förderung des landwirtschaftlichen Wohnungsbaus ankündigen. Damit werden, so GGLF-Vorsitzender *Alois Pfeiffer*, die wichtigsten sozialpolitischen Forderungen der GGLF, die zum größten Teil aus den tiefgreifenden Strukturveränderungen des Landwirtschaftssektors resultieren, erfüllt werden. Sowohl der Kongreß der GGLF als auch der Außerordentliche Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie, der sich mit den besonderen Problemen der Ruhrkohle auseinandersetzte, zeigen, vor welche personelle und organisatorische Schwierigkeiten die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften durch den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung und der mit ihm

verbundenen Strukturveränderungen gestellt werden können.

„Wir wollen mehr Gerechtigkeit“

Unter dem Motto: „Wir wollen mehr Gerechtigkeit“ stand der 9. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Nürnberg, auf dem der Vorstand, an seiner Spitze *Loni Mahlein*, mit großer Mehrheit in seinen Funktionen bestätigt wurde. Mit dieser Entscheidung honorierten die Delegierten die Arbeit des Vorstandes, der sich in den letzten Jahren innerorganisatorisch um eine Neugliederung der traditionellen Sparten und Berufsverbände und außerhalb der Gewerkschaft um Kontakte zur Einbeziehung neuer Mitgliedergruppen in die IG Druck und Papier bemüht hat.

Intensiv wurden in Nürnberg Satzungsfragen und politische Probleme diskutiert. Kanzler *Brandt* fand mit seiner Forderung nach Verwirklichung des sozialen und demokratischen Bundesstaates in Europa den Beifall des Kongresses, mußte sich jedoch gleichzeitig am Beispiel der Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes sagen lassen, wo nach Meinung der IG Druck und Papier von der Bundesregierung unververtretbare Kompromisse eingegangen worden sind. Die vorgesehenen Regelungen für den Tendenzschutz, der in der Presse die unbehelligte Vertretung wirtschaftlicher Interessen ohne Rücksicht auf sozial gerechtfertigte Ansprüche der dort beschäftigten Arbeitnehmer ermöglicht, werden entschieden abgelehnt. In der Tarifpolitik sollen nach den Vorstellungen des Gewerkschaftstages die Forderungen des DGB-Aktionsprogramms berücksichtigt und international koordiniert werden. Nach langer Auseinandersetzung hat sich die Mehrheit der Delegierten für das Leistungs-, d. h. Differenzierungsprinzip im Gegensatz zum Solidaritätsprinzip in der Tarifpolitik ihrer Organisation ausgesprochen.

Intensive DGB-Personengruppenarbeit

Die *Bundesfrauenkonferenz* in Kassel wurde von eingehenden und interessanten Diskussionen um das frauenpolitische Pro-

gramm des DGB geprägt. Mit Entschiedenheit setzten sich die Delegierten für eine Verbesserung der Stellung der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft ein und sprachen sich mit großer Mehrheit für eine Beseitigung des überholten § 218 StGB aus. Sehr nachdrücklich wurde die Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes mit allen seinen Konsequenzen, so insbesondere gleicher Lohn für gleiche Arbeit, sowie die Beseitigung jedweder Form von Diskriminierung angemahnt. Weiterhin standen spezifische sozialpolitische Forderungen der Frauen, so die Garantierung eines Baby-Jahres und eines eigenständigen Rentenanspruchs zur Diskussion.

Auf dem 7. *Angestelltenantag des DGB* in Mainz konnte auf eine erfolgreiche Angestelltenarbeit der Gewerkschaften hingewiesen werden. Mit mehr als 1 Million Angestellten ist der DGB inzwischen zur größten Angestelltenorganisation in der Bundesrepublik geworden. Das alte Prinzip: ein Betrieb — eine Gewerkschaft hat sich damit eindeutig durchgesetzt. Dem Gedanken der Standesorganisation wurde eine deutliche Absage erteilt. Diese Tatsache wird für die Beurteilung der von der DAG angestrebten Kontakte mit dem DGB von erheblicher Bedeutung sein. Eine Beschränkung auf Sachfragen wird es nicht geben können. Wer Gespräche mit dem DGB und seinen Gewerkschaften wünscht, wird nicht an der Erörterung der Organisationsfrage vorbeikommen. In Mainz zeigte sich deutlich, welche tiefgreifende Strukturveränderungen sich in der Arbeitnehmerschaft vollziehen. Unzweifelhaft wächst der Anteil der Angestellten innerhalb der Arbeitnehmerschaft ständig an. Für die Gewerkschaften ist es eine existentielle Aufgabe, diesem Strukturwandel Rechnung zu tragen und stärker als bisher die Angestellten für die Organisation zu gewinnen. Diese Aufgabe sollte in Zukunft leichter als in der Vergangenheit zu lösen sein, weil sich ein wachsendes Arbeitnehmerbewußtsein, dies gilt auch für die sogenannten leitenden Angestellten, in der Arbeitnehmerschaft durchsetzt. Die alte Diskrepanz zwischen Selbsteinschätzung und persönlicher Situa-

tion des Angestellten wird geringer. Versuche, eine Art dritte Kraft zwischen Arbeitern und Arbeitgebern aufzubauen, sind damit zum Scheitern verurteilt. Erfreulicherweise zeigt sich in den Betrieben eine wachsende Zusammengehörigkeit zwischen Arbeitern und Angestellten bei der Lösung gemeinsamer Probleme. Besonderes Augenmerk werden die Gewerkschaften den weiblichen Angestellten widmen müssen, die bisher allzusehr vernachlässigt wurden und — gemessen an ihrer Gesamtzahl — in den Gewerkschaften eindeutig unterrepräsentiert sind. Die Gründe für diese Situation, nämlich falsche Einstellung zum Beruf sowie mangelndes Selbstbewußtsein der Arbeitnehmerinnen, gilt es zu beheben.

Ein anderer wichtiger gewerkschaftspolitischer Tatbestand — von einigen offenbar erst spät bemerkt — ist die wachsende Bedeutung des öffentlichen Dienstes, der schon heute rund 40 % der im DGB organisierten Angestellten erfaßt. Sowohl in Mainz als auch wenig später auf dem Beamtentag in Bonn hat der ÖTV-Vorsitzende *Heinz Kluncker* unmißverständlich klar gemacht, daß ein „einheitliches Recht für Arbeiter, Angestellte und Beamte — eine Forderung unserer Zeit“ ist, der sich langfristig niemand verschließen kann. Hier zeichnen sich Entwicklungen ab, die der gesellschaftspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik neue Impulse geben werden.

Auf dem 8. *Deutschen Beamtentag des DGB* machten die Vertreter der 650 000 im DGB organisierten Beamten deutlich, daß die Beamten nicht länger „Stiefkinder des Staates“ sein wollen. „Leistung und Verantwortung“, so das Motto des Beamtentages, sollen in ein angemessenes Verhältnis gebracht werden. Gewerkschaftliches Ziel ist es, umgehend die bisher praktizierte Dreiteilung Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst aufzuheben und eine klare Trennung zwischen Status- und Folgerecht durchzusetzen. Das Folgerecht, in dem die materiellen Arbeitsbedingungen festgelegt werden, soll zu einem echten Verhandlungsrecht ausgestaltet

werden, das den im öffentlichen Dienst Beschäftigten auch das Streikrecht einräumt. Für die Einräumung des Streikrechts für Beamte hatten sich vorher auch die Delegierten des *Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* in Kiel energisch ausgesprochen.

Die 8. *DGB-Bundesjugendkonferenz* bestätigte, daß die Gewerkschaftsjugend bereit und in der Lage ist, auf dem Boden des DGB-Grundsatzprogramms gemeinsam mit den älteren Kolleginnen und Kollegen an der Lösung von Arbeitnehmerproblemen mitzuarbeiten. DGB-Vorsitzender *H. O. Vetter* betonte in seinem Grußwort an die Konferenz, daß der DGB und seine Gewerkschaften bereit sind, die Integration und Mitarbeit der Jugend nicht nur zu akzeptieren, sondern nachhaltig zu fördern. Im „Jahr des jungen Arbeitnehmers“ wurde in Dortmund kenntlich gemacht, daß nach den gefährlichen Sparbeschlüssen von Springen aus dem Jahre 1967 heute ein hoffnungsvoller Neuanfang gewerkschaftlicher Jugendarbeit zu verzeichnen ist, die mit neuen Arbeitsmethoden versucht, die Interessen der arbeitenden Jugend durchzusetzen. Diesem Ziel dienen auch die im vergangenen Jahr vom DGB-Bundesausschuß verabschiedeten „Leitsätze der Gewerkschaftsjugend“, die auf eine Aktivierung der Jugendarbeit zielen. Nach eingehender Diskussion sprach sich in Dortmund die Bundesjugendkonferenz dafür aus, im Herbst 1972 eine außerordentliche Bundesjugendkonferenz zu Berufsausbildungsfragen durchzuführen. Neben praktischen Tagesfragen standen theoretische Überlegungen im Mittelpunkt des Interesses. Der Verstärkung der theoretischen Arbeit, die von der Gewerkschaftsjugend bewußt angestrebt wird, kommt langfristig besondere Bedeutung zu. Ihr Ziel ist es, im Sinne des DGB-Grundsatzprogramms eine grundlegende Reform unseres Gesellschaftssystems herbeizuführen. Der Aufforderung von Bundespräsident *Heinemann*, „das Rad der Geschichte weiterzudrehen“, wird die politisch engagierte Gewerkschaftsjugend mit Sicherheit nachkommen.

Überprüfung der Personengruppenkonferenzen notwendig

Obwohl die Personengruppenkonferenzen des DGB im wesentlichen positiv verliefen und beachtliche Erfolge aufzuweisen hatten, wurde in der Öffentlichkeit zu Recht die Frage nach Sinn, Zweck und Form der DGB-Personengruppenkonferenzen gestellt. Die finanziell aufwendigen und erhebliche Arbeitskraft absorbierenden Veranstaltungen, die in der Form kleiner Bundeskongresse ablaufen und gewissermaßen „Heerschau der Personengruppen“ vor dem ordentlichen Bundeskongreß darstellen, vermitteln nämlich kaum grundlegende neue Erkenntnisse, die nicht auch auf andere Art und Weise gewonnen werden könnten. Für die praktische Personengruppenarbeit, die überwiegend von den Einzelgewerkschaften betrieben werden muß, sind sie darüber hinaus nur von mittelbarer Bedeutung. Dies legt es nahe, zu überprüfen, ob nicht Fach- und Problemtagungen fruchtbarere Beiträge und Ergebnisse als großangelegte Personengruppenkonferenzen bringen könnten.

Aspekte, und Perspektiven der Gewerkschaftsarbeit

Zusammenfassend zeigt sich ein abwechslungsreiches Bild. Das Jahr 1971 hat mit der Verabschiedung einer neuen DGB-Satzung die Grundlagen für eine umfassende Gewerkschaftsreform gelegt. Mit der Betonung des Gedankens der Einheitsgewerkschaft wurden standespolitische Überlegungen eindeutig abgelehnt. In der breiten Mitgliedschaft zeigt sich erfreulicherweise ein wachsendes politisches Bewußtsein. Dies gilt insbesondere für die Angestellten und Beamten sowie für die Gewerkschaftsjugend. Innerhalb der Gewerkschaften steigt, das zeigen die Beispiele der IG Chemie, Papier, Keramik, der IG Metall und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Kampfbereitschaft zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer. Streik ist nicht länger ein tabuisiertes Wort, sondern anerkannte Waffe im Arbeitskampf. Die Personengruppenarbeit des

DGB trägt, sieht man einmal vom gesellschaftspolitischen Anachronismus der Forderung nach Arbeiterausschüssen ab, beachtliche Früchte. Angestellte, Beamte und Jugend im DGB verkörpern auf ihren Gebieten die größten organisatorischen Zusammenschlüsse. Dem Strukturwandel in der Arbeitnehmerschaft wird zunehmend Rechnung getragen. 1971 wurden die gewerkschaftspolitischen Ziele, nämlich umfassende Sozialreform, Umweltschutz und die Wahrung gesellschaftlicher Bedürfnisse, neu definiert und die Forderungen nach gleichberechtigter Mitbestimmung, nach gerechterer Einkommens- und Vermögensverteilung sowie nach einer grundlegenden Bildungsreform bekräftigt. Als Instrument der Gewerkschaftspolitik gewinnt die betriebsnahe Tarifpolitik an Bedeutung. Die gewerkschaftliche Jugendarbeit wurde aktiviert und in ein Gesamtkonzept gestellt. Mit großer Energie werden die Struktur-

Probleme von Bergbau, Textil und Landwirtschaft angepackt und Teillösungen nähergebracht. Doch manches bleibt noch zu tun: In der vor uns liegenden Zeit gilt es, den Aufbau und den Organisationsbereich der einzelnen Gewerkschaften zu überprüfen und gegebenenfalls Wege zur organisatorischen Straffung und Zusammenfassung zu öffnen. Die vielzitierte Überprüfung der DGB-Mitgliederzahl 16 schließt auch ein, die Möglichkeiten zur Aufnahme beitragswilliger, heute jedoch noch abseits stehender Arbeitnehmergruppierungen zu analysieren. In der Bundesvorstandsverwaltung könnten durch die sachgerechte Zusammenfassung einzelner Aufgabenbereiche die organisatorischen Voraussetzungen für eine effektivere Gewerkschaftsarbeit geschaffen werden. Die gewerkschaftspolitische Diskussion, die zeigt sich sehr deutlich, hat 1971 wichtige Impulse erhalten, die auch im neuen Jahr fortwirken müssen. *Dr. Bernd Otto*

Gewerkschaftsnachrichten

Erlanger Archiv dokumentiert kirchliche Sozialarbeit

Das Institut für Christliche Sozialethik der Universität Erlangen-Nürnberg hat sich entschlossen, in einem *Archiv* umfangreich vorhandenes Material über die Evangelischen Akademien, die evangelische Industrie- und Sozialarbeit und die Entwicklung des Dialogs zwischen Kirche und Sozialpartnern zusammenzufassen.

Der bisherige Bestand ergab sich aus einer Sammlung für zwei wissenschaftliche Projekte, von denen das eine „Theologische Konzeptionen kirchlicher Industrie- und Sozialarbeit“ behandelte und das andere zur Aufgabe hatte, den „Stand des Dialogs zwischen Kirche und Wirtschaft“ in der Bundesrepublik Deutschland zu ermitteln. Handelte es sich hier zunächst um den *evangelischen* Bereich industriebezogener

kirchlicher Arbeit, so soll nun das Archiv auch auf *katholische* Industrie- und Sozialarbeit bzw. Betriebsseelsorge ausgeweitet werden, um so eine ökumenische Auswertung zu gestalten. Dabei soll es durch *aktueller Material* ständig ergänzt werden und zugleich Publikationen und Stellungnahmen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite erfassen. Dadurch wird es künftig möglich sein, die Entwicklung des Dialogs zwischen Kirche und Sozialpartnern auf allen Ebenen zu verfolgen und den neuesten Stand jeweils zu ermitteln.

Zugleich vermag das Archiv Anstöße zu einer Koordination des Dialogs auf Grund zusammenfassender Information zu geben. Letzteres aber ist dringend geboten angesichts der Tatsache, daß das Gespräch zwischen Kirche und Sozialpartnern bislang meist nur auf Landesebene, gebunden an die einzelnen Akademien, die Industrie- und Sozialpfarrämter und bestimmte Arbeitskreise, geführt wurde.

In das Archiv gingen bisher ein: Jahresberichte, Referate und Stellungnahmen, Satzungen, Statistiken, Protokolle,

Programme und Überlegungen zur theologischen und methodischen Konzeption der kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit. Der Ausbau des Archivs wird durch die internationale Stiftung „Humanum“ gefördert,

die ihrerseits an einem Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft interessiert ist. Die notwendigen Räumlichkeiten stellte die Theologische Fakultät in Erlangen zur Verfügung. *Rüdiger Kretschmann*